



Presseinformation

Nr. 50 / 2013

Kiel, Montag, 4. Februar 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Klassenwiederholung

Anita Klahn: Das Wiederholen einer Klasse ist als Chance zu verstehen, es ist keine Bestrafung

Zu den Äußerungen von Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende, das Sitzenbleiben abschaffen zu wollen, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Alle Jahre wieder wird eine erneute Diskussion um das ‚Sitzenbleiben‘ aufgebracht. Die FDP spricht sich dafür aus, dass diese Möglichkeit der pädagogischen Einflussnahme erhalten bleibt. Das Wiederholen einer Klasse ist eine Chance, keine Bestrafung.“

In Schleswig-Holstein liege nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe wiederholen, bei 1,3 Prozent, was deutschlandweit der zweitniedrigste Wert aller Bundesländer ist.

„Die äußerst niedrige Quote der Klassenwiederholungen zeigt mir, dass die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land sehr verantwortungsvoll mit diesem Instrument umgehen. Man kann nicht davon sprechen, dass es in diesem Bereich ein Problem geben würde. Einer Änderung bedarf es daher nicht. Diese Auffassung vertritt auch der Deutsche Lehrerverband – also die Fachleute, die das Instrument in der Praxis anwenden.“

Ministerin Prof. Dr. Waltraud Wende setzt mit ihrem Vorschlag erneut falsche Prioritäten in der Bildungspolitik. Sie bleibt sich zumindest in diesem Punkt treu. Stattdessen sollte die Ministerin Vorschläge machen, wie sie bei bestehender katastrophaler Haushaltslage und knapper werdenden Ressourcen eine bessere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern erreichen will, um Lerndefizite abzubauen. So fehlen zum Beispiel den Gymnasien Fachlehrer, und Unterricht fällt aus. Wenn es uns gelingt, diese strukturelle Lücke zu schließen, dann ist auch eine individuelle Förderung besser möglich.

Das wäre der richtige Ansatzpunkt, und da hätte die Ministerin auch unsere Unterstützung“, so Klahn.